



FRAGE

Die führenden deutschen Parteien sehen im laufenden Jahr weiteren Regulierungsbedarf bei Banken. Im Kampf gegen Steuerhinterziehung planen die SPD-Finanzminister ein schärferes Vorgehen gegen Kreditinstitute. Danach soll Banken künftig leichter die Lizenz entzogen werden können, wenn sie Steuerflucht begünstigen.

Halten Sie ein solches Vorgehen im Kampf gegen Steuerhinterziehung für zielführend?

Prof. Dr. Carsten Hefeker Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Die vorhandenen Gesetze erscheinen mir als durchaus ausreichend.

PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Eine solche Drohung ist kaum glaubwürdig im Fall einer größeren Bank. Dies führt dann zur Asymmetrie: Kleine Banken wären faktisch mit Lizenzentzug bedroht, große nicht. Der Rechtsstaat sollte zu Mitteln greifen, die für alle Banken – unabhängig von ihrer Größe – glaubwürdig anwendbar sind.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Steuerhinterziehung ist ein Straftatbestand, Beihilfe dazu ebenfalls.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Die Banken spielen eine zentrale Rolle und müssen hier die richtigen Anreize bekommen.

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Solange die Kapitaleinkommensteuer nominalistisch verfährt und auf Nominal- statt Realzinsen zugreift, müssen Geldvermögensbesitzer immer die Enteignung auf kaltem Wege befürchten. Sie werden deswegen stets Mittel und Wege finden, ihr Geldvermögen vor dem Fiskus in Sicherheit zu bringen. Die Bankenschele ist nur eine Ersatzhandlung für die Lösung dieses Grundproblems.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Das ist überzogen. Würde man vergleichbare Sanktionen in anderen Bereichen von Wirtschaft und Politik schaffen, wären Vorstandetagen und Parlamente bald leer...

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Die Verhältnismäßigkeit sollte unbedingt gewahrt werden.



Stefan Maly Deputy Head of Investment Strategy, BNP Paribas Personal Investors – Cortal Consors:

Bei der Schließung großer Banken oder stark verflochtener Banken könnte sich dies destabilisierend auf das Finanzsystem auswirken. Deshalb würde Systemrelevanz vor der „Strafe“ schützen.

Dr. Dirk H. Ehnts Gastdozent im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin:

Einige Banken scheinen systematisch Steuerflucht zu ermöglichen.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:

Ein Nachweis wird schwer zu führen sein. Die Steuerhinterziehung sollte direkt bekämpft werden, beim Steuerzahler nämlich.

Prof. Dr. Aloys Prinz Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

(Legale) Steuerflucht impliziert nicht notwendigerweise illegale Steuerhinterziehung.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Es mag populistisch sein, ist aber weder adäquat noch praktikabel (wie wird „begünstigen“ justizabel definiert, insges. ist die „Grauzone“ zu groß, die Zurechenbarkeit problematisch, ein langer Rechtsweg erforderlich, Schädigungen der anderen Bankkunden erheblich usw.).

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt.

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Banken werden als Finanzintermediär sehr oft unwissentlich in Tatbestände verstrickt.

Dr. Alfred Boss Forschungsbereich „Das Wohlfahrtssystem“, Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Die SPD hätte den Ansatz der Bundesregierung unterstützen sollen. Im Übrigen ist die von der SPD geplante Anhebung der Steuerbelastung gut geeignet, Steuerbetrug anzuregen.

Prof. Dr. Georg Stadtmann Lehrstuhl für VWL, insb. Wirtschaftstheorie (Makroökonomik), Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Diese Gesetzesinitiative scheint mir ein zahnloser Papiertiger zu sein. Gefängnisstrafen für Manager wären abschreckender.

Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D. Forschungsbereich Internationaler Handel, ifo Institut und Ludwig-Maximilians-Universität München:

Damit gelingt eines sicher nicht: Der Zugriff auf die ausländischen Banken, bei denen deutsche Steuerflüchtlinge ihre Vermögen parken.



Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Das wird zwar das generelle Problem der Steuerflucht nicht lösen, weil es ja nur wenige Fälle gibt, in denen Banken Steuerhinterziehung aktiv begünstigen, aber selbst für die wenigen Fälle scheint eine Verschärfung Sinn zu machen.

Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer Lehrstuhl für Allgemeine und Außenwirtschaftstheorie, Johannes-Gutenberg-Universität:

Was in Steuersachen legal ist und was nicht, entscheidet sich oft erst nach langen Rechtsstreitigkeiten. Soll dann etwa zuerst die Lizenz entzogen und später wieder erteilt werden?

Prof. Dr. Wolfgang Ströbele Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Das dient als Abschreckung vor aktiver Beihilfe.

Prof. Dr. Mathias Erlei Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, TU Clausthal:

Dies ist eine unverhältnismäßige Maßnahme.

Prof. Dr. Christian Dreger Professur für VWL, insb. Makroökonomie, Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Die Forderung ist zum Teil populistisch. Allerdings gehört es auch nicht zum üblichen Geschäftsmodell von Banken, die Steuerflucht zu begünstigen.

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Um Steuerhinterziehung zu bekämpfen, ist eine stärkere internationale Koordinierung notwendig. Die hat die SPD gerade mit der Blockade des Abkommens mit der Schweiz verhindert.

Prof. Dr. Ansgar Belke Forschungsdirektor Internationale Makroökonomie am DIW Berlin sowie Direktor des Instituts für Betriebswirtschaft und Volkswirtschaft (IBES), Universität Duisburg-Essen:

Entscheidend ist vielmehr eine Verlagerung der Transaktionen auf öffentliche Plattformen, nicht deren Verbot.

FRAGE

Die CDU/CSU plant ebenfalls eine stärkere Regulierung von Banken. Nach den Vorstellungen der Union soll etwa der Eigenhandel künftig verboten werden. Ist diese Beschränkung im Sinne höherer Systemstabilität? Zudem plant die Union die bestehende Regulierung von Boni weiter zu verschärfen. Nach der im Sommer 2010 verabschiedeten Regelung müssen Vergütungssysteme von Finanzdienstleistern angemessen und transparent sowie auf eine nachhaltige Entwicklung der Unternehmen ausgerichtet sein. Halten Sie bei den Vergütungsregeln eine weitergehende Regulierung für nötig?



Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Wettbewerb zwischen den Banken begünstigt die kurzfristige Vergütung.

Prof. Dr. Lutz Arnold Lehrstuhl für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Regensburg:

Die Eliminierung des Eigenhandels in den im Einlagen- und Kreditgeschäft tätigen Banken ist der wichtigste Schritt überhaupt bei der Bankenregulierung.

Prof. Dr. Carsten Hefeker Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Aus meiner Sicht ist es wichtiger, das „moral hazard“-Problem zwischen Banken und Politik in den Griff zu bekommen, statt in die Geschäftsprozesse und Abläufe der Banken direkt einzugreifen.

Prof. Dr. Volker Caspari Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie I, TU Darmstadt:

Das ist ein unzulässiger staatlicher Eingriff in die Eigentumsrechte von Unternehmen und Kapitaleignern. Die Kapitaleigner als Eigentümer müssten hier tätig werden und die Boni begrenzen.

PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Die Boni-Thematik ist populär, wird aber vermutlich überbewertet.

Dr. Alexander Schumann Chefvolkswirt, DIHK:

Wer Boni per Gesetz begrenzt, lenkt die Gehaltsgespräche zielsicher zum höheren Fixum. Bevor man neue Regeln diskutiert, sollte man erstmal die bestehenden wirken lassen.

Prof. Dr. Oliver Landmann Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Ordnungspolitisch falsch. Die Zielrichtung muss die Durchsetzung der effektiven Eigentümerinteressen sein.

Prof. Dr. Martin Werding Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Die Erfahrungen seit 2008 zeigen, dass die Banken ihre Usancen von allein nicht ändern.

Prof. Dr. Horst Schellhaaß em. Professor, Universität zu Köln:

Erforderlich ist eine Umgestaltung der Boni, so dass die Investmentbanker auch für Fehlentscheidungen – teilweise – haften.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Nötig ist sie eigentlich nicht. Sie schadet aber auch nicht.



Prof. Jürgen Kähler, Ph.D. Institut für Wirtschaftswissenschaft, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Wie von Basel III geplant, sollten Bonuszahlungen zumindest dann begrenzt werden können, wenn der vorgeschriebene Kapitalerhaltungspuffer unterschritten wird.

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Nein. Die Regelung zur Nachhaltigkeit ist das wichtigste, was aber bereits umgesetzt wurde.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Vor allem sollte in den Hauptversammlungen über Vorstandsgehälter und Boni abgestimmt werden.

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Die Problematik des Eigenhandels vermag ich nicht zu beurteilen. Die Regulierung der Vergütungssysteme birgt gravierende Gefahren in sich, weil die Politik und die Wählerschaft die Funktionsweise der Kreditwirtschaft nicht verstehen und sehr häufig sogar gründlich missverstehen. Das schlägt unvermeidlich auf eine solche Regulierung durch.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Vor allem die Orientierung der Vergütungen an langfristigen Unternehmenszielen könnte hilfreich sein, um allzu kurzfristiges Handeln auf Kosten der Zukunft einzudämmen.

Volker Hofmann Direktor, Wirtschaftspolitik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Eigenhandel lässt sich zum Teil nicht klar abgrenzen von Kundenaufträgen und Absicherungsgeschäften. Statt der Boni-Diskussion sollte besser die Corporate Governance gestärkt werden.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:
Hilfreicher als detaillierte staatliche Vorgaben ist die Stärkung der Mitspracherechte der Aktionäre.

Stefan Maly Deputy Head of Investment Strategy, BNP Paribas Personal Investors – Cortal Consors:

Der Anreiz muss ordnungspolitisch geschaffen werden und nicht durch Eingriffe in den Arbeitsvertrag. Außerdem sind Boni nur der Teil des Anreizsystems, das aktuell die höchste Aufmerksamkeit erfährt.

Dr. Dirk H. Ehnts Gastdozent im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin:

Die Anreize dürfen nicht kurzfristig sein, sondern müssen auf langfristiges, nachhaltiges Wachstum ausgerichtet werden. Eine Selbstregulierung mit „weichen“ Begriffen wie „angemessen“ wird zu keiner wirklichen Veränderung führen.



Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:

Das ist Aufgabe der Aufsichtsräte. Woher wollen denn Politiker wissen, bis zu welcher Höhe ein Bonus „angemessen“ ist? Im Zweifel instrumentalisieren sie für eigene Parteizwecke nur den Sozialneid.

Prof. Dr. Aloys Prinz Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Vergütungsregeln gehören zu den Incentive-Instrumenten der Banken, die sich im Wettbewerb bewähren müssen. Es gibt andere Regulierungsinstrumente, die das Finanzsystem effektiver stabilisieren können.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Auch wenn die Unangemessenheit von „Vergütungen“ kein spezifisches Problem von Banken ist (siehe unsere Großindustrie usw.); der Zusammenhang von Leistung und Entlohnung geht zusehens allgemein verloren.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Durch die Nicht-Haftung von Managern entsteht ein falscher Anreiz, zu hohe Risiken einzugehen, um den eigenen Bonus zu erhöhen.

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Die unternehmerische Freiheit darf nicht weiter beschränkt werden.

Dr. Alfred Boss Forschungsbereich „Das Wohlfahrtssystem“, Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Um die Finanzmarktstabilität zu gewährleisten, sind andere Mittel angebracht, z.B. höhere Eigenkapitalanforderungen (Basel III).

Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D. Forschungsbereich Internationaler Handel, ifo Institut und Ludwig-Maximilians-Universität München:

Das muss weiterhin privatwirtschaftlich organisiert bleiben. Der Staat hat sich um die gesamtwirtschaftlichen Effekte zu kümmern, und dazu sind vor allem Eigenkapitalvorschriften wichtig.

Prof. Dr. Peter Posch Institut für Finanzwirtschaft, Universität Ulm:

Die Berechnungsbasis der Boni dürfen nicht unrealisierte Buchgewinne sein, trägt aber ein Mitarbeiter nachhaltig zum Unternehmensgewinn bei, soll er auch ein Stück des Kuchens bekommen.

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Regulierungen in anderen Bereichen, wie z.B. hinsichtlich der Transparenz in allen Bereichen, halte ich für wichtiger.



Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer Lehrstuhl für Allgemeine und Außenwirtschaftstheorie, Johannes-Gutenberg-Universität:

Transparenz genügt. Alles andere ist Sache der Kunden dieser Finanzdienstleister.

Prof. Dr. Mathias Erlei Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, TU Clausthal:

Es ist nicht die Aufgabe des Staates, sich zu sehr in die Vergütungsvereinbarungen zwischen Top-Management und Anteilseignern einzumischen.

Prof. Dr. Volker Nitsch Lehrstuhl für Internationale Wirtschaft, TU Darmstadt:

Zum Eigenhandel: Auch wenn eine Beschränkung des Eigenhandels der Banken prinzipiell sinnvoll erscheint, dürfte sich ein komplettes Verbot in der Praxis nur schwer durchsetzen lassen. Der Eigenhandel erfüllt ja auch bestimmte Funktionen. Er dient z.B. der Absicherung eigener Risiken oder der Sicherstellung von Liquidität, wenn die Bank als „market maker“ fungiert.

Prof. Dr. Christian Dreger Professur für VWL, insb. Makroökonomie, Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Regulierungen zum Eigenhandel der Banken sind zumindest zu verschärfen, um negative Rückwirkungen auf das Kreditgeschäft zu vermeiden.

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Die jeweils einzelnen Punkte sind sicher hilfreich, allerdings fehlt vor allem noch ein stimmiges Gesamtkonzept zur Regulierung des Finanzsektors.

Prof. Dr. Ansgar Belke Forschungsdirektor Internationale Makroökonomie am DIW Berlin sowie Direktor des Instituts für Betriebswirtschaft und Volkswirtschaft (IBES), Universität Duisburg-Essen:

Dies entspricht der marktkonformen Forderung nach viel mehr Transparenz.

FRAGE

Die neue Haushaltsabgabe für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk sorgt kurz nach ihrer Einführung für wachsenden Streit. Im Unterschied zur bislang geltenden Regelung wird die Abgabe selbst dann fällig, wenn in einem Haushalt gar kein Radio oder TV-Gerät existiert. Der Charakter der Haushaltsabgabe ist unter Fachleuten umstritten.

Im vergangenen Jahr schlugen die Kosten für die Eintreibung der Rundfunkgebühr durch die GEZ mit rund 200 Millionen Euro zu Buche. Wie würden Sie die „Rundfunkbeiträge“ ihrem Charakter nach im Kern bezeichnen? Sollte angesichts dessen die GEZ bzw. der neue „Beitragsservice ARD/ZDF“ vollständig abgeschafft und die Haushaltsabgabe stattdessen künftig direkt vom Finanzamt eingezogen werden?

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Das Finanzamt hat zu vielen Bürgern keinen Kontakt.



Prof. Dr. Carsten Hefeker Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Wenn man schon jeden Haushalt beteiligt, kann das quasi als weitere Steuer eingetrieben werden. Inhaltlich würde ich allerdings diesen „Beitrag“ in jeder Form ablehnen, da es dafür keine überzeugende Begründung gibt.

Prof. Dr. Dirk Sauerland Lehrstuhl für Institutionenökonomik und Gesundheitssystemmanagement, Universität Witten-Herdecke:

Es handelt sich um einen Zwangsbeitrag. Eine Erhebung als Steuer würde die Transaktionskosten senken.

PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Das wäre endlich einmal eine Art „Kopfsteuer“. Solche Steuern sind effizient, aber politisch äußerst unpopulär.

Dr. Alexander Schumann Chefvolkswirt, DIHK:

Haushaltsbeitrag statt Gerätegebühr ist im Zeitalter von Smartphone, Tablet und Co. zwar grundsätzlich richtig. Kritik ist jedoch angebracht, denn die Reform treibt seltsame Blüten. Sie stellt beispielsweise Unternehmen mit vielen Filialen deutlich schlechter als gleichgroße Unternehmen mit nur einem Standort. Zudem ist unverständlich, warum PKW, LKW und Busse systemwidrig weiterhin in die Berechnung des Rundfunkbeitrags einbezogen werden. Das sind nun partout keine Haushalte.

Prof. Dr. Oliver Landmann Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Wenn öffentlich-rechtlicher Rundfunk ein gesellschaftliches Anliegen ist, sollte er regulär steuerfinanziert werden.

Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Anstelle des Finanzamtes sollte die Einziehung von der Städte- bzw. Gemeindeverwaltung übernommen werden.

Prof. Dr. Horst Schellhaaß em. Professor, Universität zu Köln:

Die Verwaltungskosten des Finanzamtes sind, wie man an der Kirchensteuer sehen kann, noch viel höher.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Das Ganze ist heute eine Zwangsabgabe und sollte daher über das Steuersystem finanziert werden. Dann sind auch die Ausnahmetatbestände leichter zu handhaben und man spart Administrationskosten. Schließlich wären die Rundfunkanstalten dann endlich gezwungen, ihre Einnahmen und Ausgaben offen zulegen, denn dann gehört es offiziell zum Staatshaushalt und muss transparent gestaltet werden.



Prof. Dr. Justus Haucap Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre insbesondere Wettbewerbstheorie und -politik und Gründungsdirektor, Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf:

Die GEZ ist eine weitgehend unkontrollierte Behörde, die abgeschafft werden sollte.

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Im Prinzip wäre der Einzug über das Finanzamt zwar richtig und auch effizienter. Allerdings kann es dann passieren, dass die Einnahmen der Rundfunkanstalten stärker unter den Einfluss des Finanzministers geraten und von konjunkturellen Einflüssen abhängig werden. Falls die Unabhängigkeit jedoch erreicht werden kann (ähnlich wie bei der Kirchensteuer), macht der Einzug über das Finanzamt durchaus Sinn.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Im Grunde ist es eine Kopfsteuer und die kann man wirklich besser vom Finanzamt eintreiben.

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Das wäre ein erster Schritt zu einer vollständigen Integration der öffentlich-rechtlichen Sender in die normalen Haushalte. Dies ist schon allein deswegen nützlich, damit das Nonaffektationsprinzip gewahrt wird. Dies würde auch zu einer Demokratisierung der öffentlich-rechtlichen Medienwirtschaft führen.

Prof. Dr. Andreas Freytag Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Es handelt sich um Raubrittertum.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Die Abgabe sollte vollständig entfallen. Wenn man am öffentlichen Rundfunk in dieser Form und Dimension festhalten will, sollte er konsequenterweise aus allgemeinen Steuermitteln von Bund und Ländern finanziert werden.

Volker Hofmann Direktor, Wirtschaftspolitik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Überkommene Strukturen sind nicht mehr zu halten; es gibt enorme Effizienzverluste durch die eigene Erhebungsbehörde für „Rundfunkgebühren“.

Dr. Ralph Wiechers Chefvolkswirt – Abteilungsleiter Volkswirtschaft und Statistik, VDMA:

Der Begriff Gebühr passt nicht (mehr), weil eine Inanspruchnahme einer konkreten Gegenleistung nicht mehr vorliegen muss. Für eine Verwendung des Begriffs Steuern spricht, dass es sich um Geldleistungen handelt, „...die nicht eine Gegenleistung für eine besondere Leistung darstellen und von einem öffentlich-rechtlichen Gemeinwesen zur Erzielung von Einnahmen allen auferlegt werden, bei denen der Tatbestand zutrifft, an den das Gesetz die Leistungspflicht knüpft...“ (§ 3 Abs. 1 AO) Dagegen spricht allerdings das Verbot der Zweckbindung einzelner Steuern an bestimmte Staatsausgaben (Prinzip der „Non-Affektation“). Bleiben die Beiträge, denn hier handelt es sich um einen Aufwandsersatz für die mögliche (!) Inanspruchnahme einer konkreten Leistung einer öffent-



lichen Einrichtung. Der Einzug der Beiträge sollte bei der GEZ-Nachfolgeorganisation verbleiben, die Finanzämter sind nicht Inkasso-Organisation der „staatsfernen“ Rundfunkanstalten, sie haben Wichtigeres zu tun und kämpfen ohnehin mit Personalengpässen.

Dr. Dirk H. Ehnts Gastdozent im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin:

Das ist sicher kostengünstiger.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:

Das Finanzamt kann bei der Feststellung der Einkommensteuer bzw. der Lohnsteuerrückzahlung mit einem Mausklick die Gebühr einbehalten.

Prof. Dr. Aloys Prinz Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Der neue „Beitrag“ ist eine Quasi-Steuer.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Diese Zwangsabgabe sollte schnell wieder abgeschafft, der gesamte öffentliche Medienbereich gestrafft und reduziert werden. Hier findet eine grandiose Vergeudung statt (durch die Sender-/Medien-Vielfalt, in den „Räten“ usw.). Ansonsten: Finanzierung aus Steuermittel.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Ich sehe keinen Grund, warum das Finanzamt die Gebühren der GEZ eintreiben sollte. Das sollte getrennt bleiben.

Prof. Dr. Fred Wagner Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

Das Finanzamt wäre ordnungspolitisch die falsche Behörde. Die GEZ ist selbst für die Prozesseffizienz verantwortlich.

Dr. Manfred Schveren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Der Fiskus ist für diese Aufgabe nicht geeignet. Es sollten technische Möglichkeiten ausgeschöpft werden, wie z.B. der Beitrag für HD-Fernsehen als Smartcard. Diese könnte man z.B. in Elektronik-Läden oder an Supermarkt-Kassen verkaufen. Das ist natürlich nur mittelfristig eine Lösung, dafür aber verursachungsgerecht.

Prof. Dr. Georg Stadtmann Lehrstuhl für VWL, insb. Wirtschaftstheorie (Makroökonomik), Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Gerechter und effizienter wäre es.

Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D. Forschungsbereich Internationaler Handel, ifo Institut und Ludwig-Maximilians-Universität München:

Die Eintreibung des so genannten Beitrages durch die Finanzämter wäre ganz sicher effizienter, man braucht die GEZ als eigene Behörde nicht. Noch besser wäre es (vor allem gerechter), den



öffentlich-rechtlichen Rundfunk – wie andere öffentliche Güter auch – direkt über den Staatshaushalt zu finanzieren (d.h. über Steuern).

Prof. Dr. Wolfgang Ströbele Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Steuern gehen in den allgemeinen „Topf“. Es sollte keine Kopplung dieser Aufgabe an das Finanzamt stattfinden; man kann aber die GEZ verkleinern.

Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser Zentrum für Ökonomische Bildung, Universität Siegen:

Wenn man die Rundfunkgebühr erst einmal als Steuer hingenommen hat, wird man sie als solche nie wieder loswerden.

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Allgemeiner Steuereinzug und Gebührenerhebung für den Rundfunk sollten nicht vermischt werden, sonst wird die Rundfunkgebühr immer stärker von der Leistungserbringung und Zurechnung getrennt. Ohnehin sind die Finanzämter schon heute gut ausgelastet.

Prof. Dr. Ansgar Belke Forschungsdirektor Internationale Makroökonomie am DIW Berlin sowie Direktor des Instituts für Betriebswirtschaft und Volkswirtschaft (IBES), Universität Duisburg-Essen:

Es sollte verursachungsgerecht bei einer Gebühr bleiben – Abgabe für eine konkrete Gegenleistung! Sorgt für eine optimale Allokation des Umfangs des Gutes „Sendeleistung“ der Öffentlichen!

FRAGE

Das gewerkschaftsnahe IMK-Institut fordert ein Ende der harten Sparprogramme in den Euro-Krisenstaaten. Die Versuche, die Krise mit Hilfe von Sparpaketen zu entschärfen, habe die Rezession verschärft und zu einem weiteren Anstieg der Staatsschulden geführt. Das IMK hat sich zudem für höhere Löhne und Gehälter in Deutschland ausgesprochen. Ein Anstieg über der durchschnittlichen Gehaltsentwicklung in der Eurozone leiste einen Beitrag zur Stabilisierung im Währungsraum, da die Binnennachfrage steige und mit ihr die deutschen Importe, was die Exportchancen der Krisenstaaten verbessere. Sollten die Staaten der Eurozone den strikten Sparkurs beenden und stattdessen die Konjunktur mit einer expansiven Fiskalpolitik ankurbeln? Sollten die deutschen Löhne mittelfristig stärker steigen als in der Eurozone, um die Konjunktur auch in den anderen Ländern der Eurozone zu stabilisieren?

Prof. Dr. Lutz Arnold Lehrstuhl für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Regensburg:

Ja, das sollten sie, und zwar dadurch, dass die Löhne in den Krisenländern langsamer oder gar nicht wachsen.

Prof. Dr. Carsten Hefeker Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

An einer Anpassung in den Krisenstaaten führt kein Weg vorbei; über das Tempo kann man allerdings reden. Wenig sinnvoll erscheint mir, wenn Deutschland bewusst seine Wettbewerbsfähigkeit reduziert, da Europa keine Insel ist.



Prof. Dr. Volker Caspari Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie I, TU Darmstadt:

Die Löhne und Gehälter sind in ihrer Entwicklung in Deutschland für eine lange Zeit unterhalb der Produktivitätsentwicklung plus Inflationsrate geblieben. Ein entsprechender Anstieg kann die Binnennachfrage stabilisieren.

PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Löhne sollen Knappheiten am Arbeitsmarkt widerspiegeln und nicht nach irgendwelchen Nachfrageerwägungen gesteuert werden. Es ist zu vermuten, dass die Löhne in Deutschland in den nächsten Jahren stärker als im Rest der Eurozone steigen werden. Das sollte aber ein Ergebnis von Marktprozessen und nicht ein Resultat staatlicher Steuerung sein.

Dr. Alexander Schumann Chefvolkswirt, DIHK:

Deutschland ist beim Import Europameister. Beschäftigung und Löhne hierzulande wachsen und lassen die Importnachfrage spürbar ansteigen. Wer den Bogen aber überspannt, bremst diese Entwicklung, bremst Investitionen und den Jobaufbau. Deutschland fiele es schwerer, Konjunkturmotor für unsere Euro-Partner zu sein – gerade für jene mit Krisenproblemen. Überdies schrumpfen schon jetzt die Handelsbilanzdefizite der Krisenstaaten kontinuierlich.

Prof. Dr. Oliver Landmann Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Ein stärkerer Lohn- und Preisauftrieb in Deutschland würde den Abbau der innereuropäischen Ungleichgewichte begünstigen, aber die Lohnpolitik ist hierfür nicht die geeignete Stellschraube.

Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Zur Haushaltskonsolidierung und zum Abbau der Schuldenquote gibt es keine nachhaltige Alternative. Die deutsche Wirtschaft sollte ihre Wettbewerbsfähigkeit und die Wachstumsfaktoren weiter stärken. Dazu kann auch die Politik wichtige Beiträge liefern. Eine noch stärkere Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft wird über Mitzieheffekte auf die übrigen Länder im Euro-Raum ausstrahlen. Dies wird den Währungsraum stabilisieren. Eine pauschale Erhöhung der Löhne ist demgegenüber kontraproduktiv. Sie schwächt die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft und letztlich schwächt sie auch den gemeinsamen Währungsraum.

Prof. Dr. Horst Entorf Lehrstuhl für Ökonometrie, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main:

Eine durchschnittliche oder sogar unterhalb des Durchschnitts liegende Lohnentwicklung in Deutschland anzustreben würde angesichts der besseren konjunkturellen Lage hierzulande wenig Sinn machen. Da produktivitätsschwache Krisenländer eher ihre Lohnzuwächse nach unten anpassen werden, ist die Forderung nach unterdurchschnittlichen Lohnzuwächsen in Krisenländern und überdurchschnittlichen Löhnen in Deutschland unvermeidlich, wenngleich wohl aus anderen Gründen als vom IMK gefordert.

Prof. Dr. Martin Werding Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Löhne sind kein konjunkturpolitisches Instrument. Sie werden in Deutschland wohl etwas stärker steigen als im Durchschnitt der Eurozone, aber nur insoweit die Wettbewerbsposition der Arbeitgeber auf den Absatzmärkten das hergibt und auf den Arbeitsmärkten das erfordert.



Prof. Dr. Horst Schellhaaß em. Professor, Universität zu Köln:

Ein stärkerer Anstieg der Löhne in Deutschland im Vergleich zu den Krisenstaaten ist ein Weg, um die Wettbewerbsverhältnisse in der EU anzugleichen.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Diese Frage ist leider etwas irreführend, denn dass die Löhne in Deutschland stärker steigen als im Rest der Eurozone muss nicht bedeuten, dass sie schneller steigen als bisher. Im Übrigen haben erst die Lohnzurückhaltung und der nachfolgende Zuwachs an Beschäftigung die seit einiger Zeit zunehmende Binnennachfrage in Deutschland angetrieben. Die Kaufkrafttheorie der Löhne ist widerlegt, theoretisch wie empirisch.

Prof. Jürgen Kähler, Ph.D. Institut für Wirtschaftswissenschaft, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Das würde mittelfristig die internationale Wettbewerbsposition Deutschlands schwächen und nur geringe stimulierende Effekte in den Krisenländern haben.

Prof. Dr. Justus Haucap Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre insbesondere Wettbewerbstheorie und -politik und Gründungsdirektor, Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf:

In den anderen Staaten ist eine wesentlich erheblichere Lohnzurückhaltung geboten als in Deutschland, daher müssen die Löhne und Gehälter in Deutschland im Vergleich zum Ausland stärker steigen.

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Warum sollte man Wettbewerbsvorteile aufgeben? Jeder Staat sollte selbst versuchen, möglichst wettbewerbsfähig zu bleiben oder zu werden. Es war von Anfang an klar, dass unter der einheitlichen Währung ein scharfer Wettbewerb zwischen den Staaten einsetzen würde. Warum sollte man diesen positiven Aspekt dadurch ausbremsen, dass man selbst weniger wettbewerbsfähig wird? Und: produziert wird nicht nur für den Euro-Raum. Würden alle Euro-Staaten nun versuchen, insgesamt wettbewerbschwächer zu werden, würde Europa auf kurz oder lang abgehängt.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Damit würde auch von unserer Seite ein Beitrag zur Angleichung der Lohnstückkosten in der Euro-Zone geleistet und damit die Chancen für Wachstum in der Peripherie gestärkt. Das ist auch in unserem Interesse (abgesehen davon, dass bei uns die Löhne real seit Jahren stagnieren).

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Der fiskalische Sparkurs in den Krisenländern ist nahezu unsere einzige Chance, wenigstens einen Teil des in Gestalt der sog. Target-Forderungen zinslos verliehenen deutschen Volksvermögens (siehe Sinn, es geht um ca. 700 Mrd Euro) zurückzubekommen. Die Forderung nach einer Beendigung dieses Sparkurses schädigt deutsche Interessen in einem solch unglaublichen Ausmaß, dass eine deutsche Institution, die dies fordert, den Vorwurf des Landesverrats riskiert. Der wäre zumindest berechtigter als die Dolchstoßlegende nach dem Ersten Weltkrieg. Ich verstehe nicht, warum sich die Gewerkschaften selbst in eine Ecke manövrieren, in der sie solche Vorwürfe riskieren.



Mit ihrer Auffassung zu der Entwicklung der deutschen Löhne und Gehälter hat das IMK hingegen vollkommen recht. Ich würde sie sogar noch zuspitzen – und sagen kurzfristig statt mittelfristig.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Das ist Voodoo-Ökonomie. Wir würden der deutschen Wirtschaft damit schaden, ohne dass es den europäischen Nachbarn etwas nützt. Profitieren würden bestenfalls Konkurrenten aus Asien.

Volker Hofmann Direktor, Wirtschaftspolitik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Die Wirksamkeit einer expansiven Fiskalpolitik ist in der noch anhaltenden Vertrauenskrise höchst fraglich. Es besteht die große Gefahr, dass dadurch weitere strukturelle Probleme aufgebaut bzw. vorhandene strukturelle Probleme nicht beseitigt werden. Die vergleichsweise günstige Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt sowie der für die deutsche Wirtschaft relative niedrige (reale) Außenwert des Euro bieten Spielräume für eine etwas dynamischere Lohnentwicklung in Deutschland als in den meisten anderen Euro-Staaten. Wichtig ist allerdings, dass man bei der Lohnentwicklung auch nicht überzieht. Der Versuch, die Lohndifferenzen innerhalb kürzester Zeit auszugleichen, wäre fatal.

Prof. Dr. Karl Justus Bernhard Neumärker Lehrstuhl für Allgemeine Wirtschaftsforschung/Wirtschaftspolitik, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Solange die Lohnsteigerungen in anderen Ländern gemessen an der Produktivität eher als zu hoch erscheinen, ist eine Orientierung daran problematisch. Ansonsten wäre das Argument gültig, da die Lohnzurückhaltung in Deutschland zu Ungunsten der Arbeitnehmerschaft umverteilt.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Insbesondere im Hinblick auf die Finanzmärkte darf kein Zweifel daran entstehen, dass die Euro-Staaten grundsätzlich am Kurs der Haushaltskonsolidierung festhalten. Allerdings gilt es dabei, die richtige Balance zwischen Sparanstrengungen und der Vermeidung eines Teufelskreises zwischen schlechter Konjunktur und Sparmaßnahmen zu finden. In der Summe wird die Konsolidierung der Staatsfinanzen im Euroraum in diesem Jahr die Konjunktur voraussichtlich weiter bremsen, aber der Belastungseffekt wird wohl kleiner ausfallen als 2012. Dies ist gut so, bei manchen EWU-Ländern mögen weitere EU-Zugeständnisse hinsichtlich Konsolidierungszielen/-zeitplan nötig werden. Dabei sollte aber Bedingung sein, dass der Reformprozess konsequent fortgesetzt wird. Lohnabschlüsse, die über den verteilungspolitischen Spielraum hinausgehen, stellen meiner Ansicht nach keinen Beitrag zur Lösung der Krise in Europa dar. An der moderaten Lohnpolitik der vergangenen Jahre sollte festgehalten werden. Sie hat maßgeblich zur nachhaltigen Verbesserung der Lage am deutschen Arbeitsmarkt beigetragen. Gesamtwirtschaftlich betrachtet sollten sich die Lohnabschlüsse daher im Rahmen des Anstiegs der Verbraucherpreise und der Arbeitsproduktivität bewegen.

Dr. Ralph Wiechers Chefvolkswirt – Abteilungsleiter Volkswirtschaft und Statistik, VDMA:

Diese Anpassungen finden bereits ohne Eingriffe statt. Die Tarifautonomie verbietet zudem jedwede wie auch immer gestaltete Indexierung der Lohn- und Gehaltsentwicklung. Die Gewerkschaften sind frei darin, diese Forderung aufzunehmen und dafür zu kämpfen. Es ist jedoch zweifelhaft, ob sie hierfür die Unterstützung ihrer Mitglieder bekommen werden.



Stefan Maly Deputy Head of Investment Strategy, BNP Paribas Personal Investors – Cortal Consors:

Die Schuldenkrise wurde vor allem durch zu hohe Staatsausgaben und eine zu geringe Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen ausgelöst. Die Haushaltskonsolidierung ist zwar kurzfristig schmerzhaft, legt aber das Fundament für eine nachhaltige Entwicklung. Außerdem ist keinem Eurostaat geholfen, wenn die deutschen Unternehmen ihre gute Wettbewerbsposition durch übertriebene Lohnsteigerungen verlieren. Vielmehr sollten in den anderen Staaten ähnliche Anstrengungen hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit (Ausbildung, Flexibilität am Arbeitsmarkt, Innovationskraft) unternommen werden.

Dr. Dirk H. Ehnts Gastdozent im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin:

Wir haben ganz klar momentan eine Nachfrageschwäche. Deutschland hat in der Vergangenheit durch Lohndumping die „rules of the game“ gebrochen und eine Inflationsrate von deutlich unter 2% geduldet. Eine Umkehr würde der Eurozone als ganzes nützen.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:

Keynesianische Rezepturen mit wieder mehr schuldenfinanzierten Ausgaben führen in die Irre. Löhne sind nicht nur Einkommen, sondern bei den Unternehmen Kosten; werden die Arbeitskosten künstlich, d.h. über den Produktivitätsfortschritt hinaus nach oben getrieben, werden bestehende Arbeitsplätze vernichtet oder keine neuen geschaffen. Die Kaufkrafttheorie des Lohnes ist daher schlicht Vulgärökonomie, die nirgendwo funktioniert hat. Die Krisenstaaten müssen ihre Exportchancen durch eigene Anstrengungen, insbesondere mittels Produktinnovationen, verbessern und dabei nicht nur auf den Euroraum schießen, sondern den gesamten Weltmarkt in den Blick nehmen.

Prof. Dr. Aloys Prinz Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Ob die Löhne steigen oder nicht, entscheiden im Rahmen der Tarifautonomie die Unternehmen zusammen mit den Arbeitnehmervertretern und nicht der Staat.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Nur der erzwungene Sparkurs erzwingt die notwendigen institutionellen Reformen. Eine stärkere Steigerung bedeutet nicht nur eine Schwächung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit zugunsten von Euro-Ländern. Sie stärkt / verfestigt die bisherige südeuropäische Mentalität und reduziert die weltweite Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und der Eurozone insgesamt und führt dann zu höherer Arbeitslosigkeit und in die Inflation.

Prof. Dr. Klaus-Dirk Henke Lehrstuhl für Finanzwissenschaft und Gesundheitsökonomie, Technische Universität Berlin:

Die Entscheidung obliegt der Tarifautonomie. „

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Warum sollte Deutschland seine internationale Wettbewerbsposition gefährden?



Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Moderate Lohnsteigerungen gewährleisten die Stabilität der inländischen Konjunktur. Der deutsche Verbraucher kann die Euro-Schuldenkrise nicht lösen.

Dr. Alfred Boss Forschungsbereich „Das Wohlfahrtssystem“, Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Ohne Sparkurs und ohne Strukturreformen kommen die „Krisenstaaten“ nicht auf die Beine. Das IMK leugnet – wie immer – den negativen Zusammenhang zwischen Reallohn und Beschäftigung. Wenn die Reallöhne in den „Krisenstaaten“ sinken und sich so der Abstand zu den Reallöhnen in Deutschland vergrößert, dann ist das in Ordnung, weil es mit einer höheren Beschäftigung in allen Ländern einherginge als die Realisierung des vom IMK vorgeschlagenen Weges.

Prof. Dr. Georg Stadtmann Lehrstuhl für VWL, insb. Wirtschaftstheorie (Makroökonomik), Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Die Exportorientierung der Deutschland AG hat merkantilistische Züge. Was wollen wir mit dem Berg an Wertpapieren machen, den wir aufgestapelt haben?

Dr. Alexander Krüger Chefvolkswirt, Bankhaus Lampe KG:

Übersteigen die Löhne den Produktivitätsfortschritt, sinkt die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Dies gefährdet Arbeitsplätze. Hinzu kommt, dass es höchst unsicher ist, dass höhere Löhne zu einer verstärkten Importtätigkeit führen werden. Derartige „Subventionen“ sind insofern schädlich, da sie den Reformdruck für andere Länder senken.

Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D. Forschungsbereich Internationaler Handel, ifo Institut und Ludwig-Maximilians-Universität München:

Die deutschen Löhne steigen jetzt schon stärker als in den Krisenstaaten. Das ist ein Teil der marktlichen Lösung.

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Das ist keine Frage des „Sollens“, sondern das werden sie unweigerlich. Allerdings ist es fehlerhaft von den Löhnen zu sprechen; relevant sind die Lohnstückkosten.

Frank Hübner Stellvertretender Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA:

Die Lohnfindung in Deutschland ist Aufgabe der Tarifparteien und die sollten sich von den Interessen derjenigen, die sie vertreten, leiten lassen. Betrachtet man die Lohnstückkosten, so wäre es fatal, wenn die Lohnanstiege in den Peripherieländern stärker wären als in Deutschland. So besetzen können die Löhne in Deutschland stärker steigen als in den Peripherieländern.

Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer Lehrstuhl für Allgemeine und Außenwirtschaftstheorie, Johannes-Gutenberg-Universität:

Die Frage macht keinen Sinn. Es geht nicht um Löhne, sondern um die Lohnstückkosten. Die Lohnstückkosten sollten in Deutschland konstant bleiben – schließlich geht nur weniger als die Hälfte unseres Exports in den Euroraum – in den Krisenländern sinken. Bei gleicher Wachstumsrate der Produktivität in den beiden Euroregionen würden damit auch die deutschen Löhne in der Tat stärker steigen als in den Krisenländern. Das würde Sinn machen, aber das ist vermutlich nicht das, was die Propagandisten dieser These meinen.



Prof. Dr. Wolfgang Ströbele Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Das nützt nichts, da die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit auch andere Gründe hat.

Prof. Dr. Kai Carstensen Bereichsleiter Konjunktur und Befragungen, ifo Institut für Wirtschaftsforschung :

Als normative Feststellung ist dies zu verneinen, denn die Löhne in Deutschland sollten die Knappheiten am Arbeitsmarkt widerspiegeln. Als positive Aussage ist dem aber zuzustimmen. Denn die Konjunktur läuft in Deutschland besser als in den meisten übrigen Euroländern, die Arbeitslosenrate ist deutlich niedriger. Dies dürfte die Löhne stärker treiben und wird dadurch die relative Wettbewerbsfähigkeit der Krisenländer gegenüber Deutschland erhöhen. Eine schnelle Lösung des Problems ist so aber nicht in Sicht: Lohn- und Preisanpassungen brauchen typischerweise recht viel Zeit.

Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser Zentrum für Ökonomische Bildung, Universität Siegen:

Eine weitere dumpfe Fassung der Kaufkrafttheorie des Lohnes.

Prof. Dr. Christian Dreger Professur für VWL, insb. Makroökonomie, Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Maßnahmen sollten darauf abzielen, das Wachstum im Euroraum zu stärken. Dies erleichtert den Anpassungsprozess vor allem in den Südländern. Es soll eine expansivere Ausrichtung der Fiskalpolitik in den Ländern geben, die relativ konsolidierte Staatshaushalte aufweisen. Löhne allerdings vereinbaren die Tarifparteien. Für Deutschland könnte ein intensiverer Wettbewerb auf vielen Produktmärkten die Investitionen erhöhen und so die längerfristigen Wachstumschancen verbessern. Aus Sicht des Euroraums könnte eine Abwertung des Euro die Exporte vor allem der Konsumgüterproduzenten erhöhen. Allerdings besteht das Problem, dass auch andere Länder stärker als bisher über Nettoexporte wachsen sollen.

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Nein, wenn es bedeutet, dass in Deutschland die Entgelte ohne Rücksicht auf die Produktivität und die inländische Beschäftigung steigen soll. Ja, wenn vor allem die europäischen Krisenländer von sich aus mit ihren Lohnsteigerungen unter den Erhöhungen in Deutschland bleiben – was sie derzeit ja im Durchschnitt ohnehin tun und im Zuge der Strukturreformen tun müssen.

Prof. Dr. Ansgar Belke Forschungsdirektor Internationale Makroökonomie am DIW Berlin sowie Direktor des Instituts für Betriebswirtschaft und Volkswirtschaft (IBES), Universität Duisburg-Essen:

Die Forderungen entbehren jedweder Grundlage. Eine Erhöhung der Staatsausgaben machte nur bei einem großen Fiskalmultiplikator Sinn. Die vom IWF in seinem jüngsten IWF World Economic Outlook veröffentlichten Werte sind übertrieben hoch: Sie folgen in der Regel dem französischen Dogma – Olivier Blanchard ist IWF-Chefvolkswirt –, dass aufgrund von Pfadabhängigkeiten (Hysterese) Nachfragepolitiken das Mittel der Wahl sind, um aus strukturellen Krisen herauszukommen. Die Ökonomen der EU-Kommission (Autumn Outlook) sowie diejenigen der EZB haben unmittelbar im Anschluss zeigen können, dass der hohe Multiplikator unmittelbar zusammenbricht, wenn einige zusätzliche Variablen in Ansatz gebracht werden. Natürlich ist eine Politik der Austerität mit Leidensdruck verbunden. Aber es ist definitionsgemäß nicht möglich, aus einem Leistungsbilanzdefizit „herauszuwachsen“. Und speziell im Hinblick auf Spanien hat die EU-Kommission große Flexibilität in Bezug auf das Ausmaß und die Geschwindigkeit der fiskalischen Anpassung des Landes unter Beweis gestellt. Und es ist ebenfalls klar: Ohne das EU-IWF-Programm (und die großzügige Unter-



stützung durch die Geldpolitik der EZB) hätte die fiskalische Anpassung weit eher und schärfer erfolgen müssen – wegen der sogenannten Zahlungsbilanzrestriktion (anhaltende Leistungsbilanzdefizite können nur durch eine Phase, in der Exporte größer als Importe ausfallen bezahlt werden). Strukturanpassungen in den beteiligten Ländern garantieren den Abbau der Ungleichgewichte aber keineswegs. So führt eine Erhöhung der relativen Lohnstückkosten in Deutschland nicht zwangsläufig zu einem Absinken des deutschen Leistungsbilanzüberschusses, wenn dieser durch eine hohe nicht-preisliche Wettbewerbsfähigkeit getrieben wird und die importierten Vorleistungen durch Lohnsenkungen in der Euro-Peripherie überproportional billiger werden. Für den deutschen Export sind nicht-preisliche Faktoren zentral. Dann könnten eher Investitionen in Forschung und Entwicklung in den bisherigen Defizitländern einen Beitrag zum Abbau der Ungleichgewichte leisten. Relativ zu Deutschland sinkende Lohnkosten in anderen Ländern der Eurozone könnten hingegen zu einem weiter steigenden deutschen Leistungsbilanzüberschuss führen, wenn sie dort die importierten Vorleistungen verbilligen.